

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen den 4. Januar, 8 Uhr Abends.
 Berlin, 4. Januar. Die Börsenzeitung sagt: Der König sprach dem Cultusminister durch Handschreiben seine Anerkennung über den Aufschwung aus, welchen das Schulwesen unter seiner Leitung genommen. — Die Vorarbeiten zur Ausführung des Consolidierungsgesetzes werden eifrig betrieben. Die Emission der Rentenverschreibungen und die Umtauschoperation erfolgt jedenfalls im Laufe des März.

BAC. Berlin, 3. Jan. Die deutsche Frage ist im Laufe d. J. 1869 nicht vorwärts gekommen. Von preuß. Seite her ist nichts geschehen, um den Anschluß der südd. Staaten an den Nordd. Bund zu fördern, sei es nun aus Besorgniß, daß aus einem Verreiben dieses Anschlusses Entwicklungen mit Frankreich hervorgehen könnten, oder sei es aus Furcht vor einer Verstärkung der liberalen Partei in dem erweiterten Reichstag. Diese Politik der Enthaltung hat sich leider sogar auf das Gebiet der inneren Politik erstreckt, welches doch jeder Einsprache auswärtiger Mächte entrückt ist; es ist in dieser Beziehung wenig geschehen, was der nationalen Partei in Süddeutschland zu besonderer Ermunterung hätte gereichen können. Kein Wunder, daß innerhalb derselben eine tiefe Mißstimmung herrscht, wenn man sich auch scheut, diesem Gefühl nach außen hin Ausdruck zu geben. Nur in Baden hat die nationale Partei das Heft in den Händen, obwohl auch von dort her die Klage laut wird, daß, wenn nicht bald von Seiten Preußens Etwas geschehe, ein Umschlag in der Stimmung der Bevölkerung eintreten und nichts Anderes übrig bleiben werde, als die im Hinblick auf eine baldige Vereinigung mit dem Nordd. Bund erlassenen Gesetze, welche dem Lande schwere Lasten auferlegten, wieder fallen zu lassen. In Württemberg gewinnt die jeder Annäherung an den Nordd. Bund abgeneigte „Volkspartei“ an Boden; die Regierung in diesem Staate ist weder national, noch liberal, so daß sie nur durch ein Balancieren zwischen der Volkspartei und der nationalen (deutschen) Partei sich oben zu erhalten vermag. In Bayern sind die Neuwahlen zum Landtag zweimal zu Ungunsten der Regierung ausgefallen. Die bairische Fortschrittspartei, welche die vortigen nationalen Elemente in sich begreift, hat mit der Forderung einer größeren Annäherung an den Nordd. Bund zurückgehalten, weil sie sich sagte: „Wir müssen mit dem Ministerium Hohenlohe gehen; gehen wir weiter, so gefährden wir dessen Stellung.“ Wir haben diese Tacit niemals als eine glückliche betrachtet, der Erfolg der Wahlen hat unserer Auffassung leider Recht gegeben. Wenn das Ministerium Hohenlohe früher schon kein klar und bestimmt ausgesprochenes Programm in der deutschen Frage hatte, so wird der von demselben nach dem ihm ungünstigen Ausfalle der letzten Wahlen unternommene Versuch, sich am Ruder zu erhalten, nur durch fortwährende Zugeständnisse an die dem Nordd. Bunde feindlich gestimmte patriotische Partei erlaubt werden können. — Innerhalb des Nordd. Bundes ist die Opposition des demselben feindlichen Particularismus gewachsen, wie die Verhandlungen beweisen, welche in den sächsischen Kammern über die Errichtung des Bundesoberhandelsgerichtes stattgefunden haben. Die in der Bundesverfassung in Aussicht genommene Regelung der der Kompetenz der Bundesgesetzgebung überwiesenen Angelegenheiten hat auch 1869 Fortschritte gemacht. Die diplomatischen Angelegenheiten sind von Preußen auf den Bund übergegangen. Leider haben die übrigen Bundesstaaten keine Bereitwilligkeit gezeigt, das ihnen durch die Bundesverfassung belassene Gesandtschaftsrecht der Idee der nationalen Einheit zum Opfer zu bringen und Preußen ist dadurch genöthigt gewesen, auch innerhalb des Nordd. Bundes noch besondere preuß. Gesandtschaften zu unterhalten. Die Gesetze wegen der Leistung gegenseitiger Rechtshilfe und wegen Errichtung des Bundes-Oberhandelsgerichtes sind als weitere Schritte zu dem Ziele einer nationalen Rechtseinheit hin mit Freuden zu begrüßen. Das erstere Gesetz soll durch den Abschluß besonderer Verträge in seinen segensreichen Wirkungen auch auf Deutschland ausgebeutet werden. Leider haben wir auch innerhalb des Nordd. Bundes diesen Weg durch den Vertrag zwischen Preußen und Sachsen wegen der Besteuerung der beiderseitigen Staatsangehörigen beschreiten sehen; es ist dieses als eine Folge jener Politik Preußens zu betrachten, welche dem Particularismus der kleineren Bundesstaaten, soweit es sich nicht um militärische Angelegenheiten handelt, ab und zu Vorstoß leisten zu müssen und dadurch den Vorwurf der „Vergewaltigung“ von sich abwehren zu können glaubt. Das wichtigste Gesetz, mit welchem die Bundesgesetzgebung im Jahre 1869 hervorgetreten ist, die Allgemeine Gewerbe-Ordnung, ist in ihren verschiedenen Theilen nach und nach in Kraft gesetzt worden. Mit dem, was die Bundesgesetzgebung geleistet hat, kann man im Allgemeinen wohl zufrieden sein und daraus die Hoffnung schöpfen, daß in der nächsten Reichstags-Session weitere Fortschritte sich anschließen werden; es hätte freilich mehr geleistet werden können, wenn nicht der Particularismus der einzelnen Bundes-Regierungen sich dem widersetzt, und, wie schon bemerkt, in seinem Widerstand bei der preussischen Regierung Vorstoß gefunden hätte. Die nächste Aufgabe wird die Herstellung einer nationalen Rechtseinheit, wenigstens innerhalb der von der Verfassung der Bundesgesetzgebung zugesprochenen Kompetenz, sein; daneben wird allerdings die Erweiterung dieser Kompetenz nach wie vor als die Hauptforderung der nationalen Partei betrachtet werden müssen.

Die „Kreuzzeitg.“ versichert, die von einer hiesigen Zeitung gebrachte Nachricht, daß innerhalb der Regierung Erwägungen in Betreff der Vereinigung der Vertretung für den Landtag und den Reichstag unter Befestigung des Herrenhauses stattfänden, sei unüberheblich. Es ist auffallend, daß die „Kreuzzeitg.“ es für nöthig erachtet, dies zu versichern. Wenn die Nachricht eine bloße Phantasie wäre, hätte man sie wohl ihrer eigenen Nichtigkeit überlassen können. Es läßt sich aber nur zu wohl denken, daß Graf Bismarck davon überzeugt ist, daß sich mit einem solchen Herrenhause nicht regieren läßt, und daß es deshalb beseitigt oder reformirt werden muß. Das Erstere wäre am wünschenswertheften, und es ist daher auch natürlich, daß man darüber beräth.

— Berliner Correspondenzartikel des in Leipzig erschienenen „Volkstaat“ hatten wegen der darin enthal-

tenen Beleidigungen des Königs der preussischen Regierung Veranlassung zur Verfolgung dieses Blattes gegeben. Bei dem als Verfasser dieses Artikels ermittelten Studenten Heppner fand eine Hausdurchsuchung statt, welche dessen Verbindung mit Lieblacht ergab. Der Verhaftung entzog er sich durch die Flucht, wurde aber in Leipzig, wo er inzwischen in die Redaction des Blattes eingetreten war, am 2. Januar auf preussische Requisition verhaftet und vorläufig dem Polizeigewahrsam überliefert.

Der „Kreuzzeitung“ anfolgte hat der König kürzlich (bei Einweihung des neuen Hospitals) den Prof. Frerichs gefragt: „ob denn der Bericht über Bethanien noch nicht fertig sei; er warte mit Schmerzen darauf.“ — Die „Post“ erklärt, daß Dr. Fournier die Nichtigkeitsbeschwerde nicht eingelegt habe.

Der Prediger-Licentiat Henrici hat für Otto Bieland, der infolge des gegen ihn (Henrici) gerichteten Attentats zu 12 Jahr Zuchthaus verurtheilt wurde, bei dem Könige ein Gnadengesuch eingereicht. Wie die „Trib.“ erfährt, ist infolge dessen von dem Könige Bericht erfordern worden.

Der Generalrath der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter in Berlin hat beschlossen, den Waldenburger Bergarbeitern sofort 1000 % leihweise zur Verfügung zu stellen.

In der allgemeinen General-Versammlung des „allg. deutschen Arbeitervereins“, welche Hr. Schweizer am 5. Jan. abhalten will, beabsichtigt er die Arbeiter zur Bildung einer allgemeinen Gewerkschaft aufzufordern, deren Gekler in eine Klasse fließen sollen, damit durch diese alle künftigen Strikes mit Erfolg durchgeführt werden können. Nach dem, was über die Geldwirtschaft bei dem allg. Arbeiterverein bekannt geworden, werden die Arbeiter indessen wohl anstehen, Hrn. Schweizer und Hrn. Tölke ihre Gelder anzuvertrauen.

Unter dem Titel: „Die Wasserstraße“ ist am 1. Jan. in Berlin ein Central-Organ für die Interessen der Binnen- und Küstenschifffahrt erschienen, dessen Redacteur Dr. R. Kup ist. — Die erste Nummer enthält außer den Statuten des Vereins interessante Artikel über den Rostock-Berlin-Canal, die Regulierung der Oder und die Wasserpest.

Posen, 3. Jan. [Eine unangenehme Neujahrsbescherung.] Vom 1. Januar cr. ab werden die steuerabhebenden Beamten in der Stadt nicht einfach mehr mit der Hälfte ihres Gehaltes zur städtischen Einkommensteuer herangezogen, wie es bisher geschehen ist, sondern auf Grund der Auslegung des Ministers mit der Hälfte des Steuerbetrages derjenigen Klasse, in welche ihr ganzes Gehalt gehört, besteuert. Dadurch haben sämtliche Beamte jetzt eine bedeutend höhere Einkommensteuer zu entrichten, und die städtische Kämmererkasse verinnahmt bei dem zahlreichen Beamtenpersonal Posens beträchtlich höhere Steuersummen als in den früheren Jahren. Seitens der Beamten von verschiedenen Behörden wird der Rechtsweg gegen diese Besteuerung beschritten.

* England. London, 1. Jan. Der canadische Bund hat seit seiner Entstehung mit beständigen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt; Neuschottland weilt nur widerwillig in demselben; um das Gebiet der Hudsonbay muß der Bund mit den Aufzählern am Red River kämpfen. Aus britisch Columbia, wo die englische Regierung stark für den Anschluß an den canadischen Bund agitiren ließ, hat jetzt eine Deputation dem Präsidenten Grant eine Denkschrift überreicht, in welcher er gebeten wird, Unterhandlungen mit der englischen Regierung anzuknüpfen, damit diese Columbia entlasse und seinen Anschluß an die Vereinigten Staaten ermögliche. Grant hat keine bestimmte Antwort ertheilt, aber versprochen, die Denkschrift dem Staatssecretär des Auswärtigen zur Prüfung zu übergeben. — Mit dem gestrigen Tage hat das alte Bankrottsgesetz, das den Bankrotteneuren günstiger war, dem neuen weichen müssen. Jeder suchte noch von dem alten Gesetz zu profitiren und am letzten Tage des alten Jahres, wo natürlich Eile Noth that, war der Bankrottsgerichtshof in Basinghallstreet der Schauplatz einer nicht wenig aufregenden Scene. Die Zahl der Bankrotteneure, oder vielmehr solcher, die es werden wollten, war so groß, daß die Thüren nicht mehr weit genug waren und die Herren sich durch die Fenster Zugang verschafften. — Langjährigem Herkommen gemäß wurden die Neujahrsbescherungen der Königin an die Armen der drei Pfarreien Windsor, Holy Trinity und Clerew heute ausgetheilt; dieselben bestehen aus Fleisch und Kohlen im Werthe von 300 Pfr., welche an die Familien nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl durch die Behörden verabreicht werden. — Die Sammlungen zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Faraday schreiten rüstig fort und haben bereits die Höhe von 14,000 Pfr. erreicht, so daß alle Aussichten auf baldige Verwirklichung des Projectes vorhanden sind. — Der amerikanische Viceconsul in Glasgow, William Cool mit Namen, ist von dem Schwurgericht einer Reihe von Wechselfälschungen zum Nachtheile dortiger Kaufleute schuldig befunden und zu 7 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. — Das sogenannte rückfällige Fieber (relapsing fever), welches bisher auf London beschränkt war, ist nunmehr auch unter der armen Bevölkerung von Manchester ausgebrochen und sind die Behörden mit Erörterung der Frage beschäftigt, welche Mittel zur Verhütung eines weiteren Umsichgreifens der Epidemie angewandt werden sollen.

Das scheidende Jahr, welches der Schifffahrt so viel Unheil gebracht hat, bleibt dieser schlimmen Auszeichnung bis zum Ende treu. Wie gestern der Schooner „Hermes“ mit sechs Leuten an der schottischen Küste und die „Gem“, ein Schiff von 600 Tonnen, an der walisischen Küste bei Carnarvon nach mangelhaften Rettungsversuchen mit 9-12 Menschen untergegangen ist, so wurde fast um dieselbe Zeit an der irischen Küste bei Barlog, dreizehn Meilen östlich von Cap Clear, ein königliches Lichterschiff mit Mann und Maus während eines Orkans von den Wogen verschlungen. Nach einem der Admiralität zugegangenen Telegramme ist das Fahrzeug entweder die „Janny“ oder die „Victoria“. Auf der Insel Clare, welche gleichfalls an der irischen Küste, in der Clew-Bay vor Connaught liegt, gab die See die mittelbare Veranlassung zum Tode mehrerer Menschen. Die Wellen hatten ein Faß Petroleum ans Ufer gespült und einige Bewohner der Insel brachten dieses Danaergeld in ein nahegelegenes Haus, um es zu theilen. Auf bisher unerklärte Weise explodirte das Faß, das Haus gerieth in Brand und war bald ein Trümmerhaufen. Von den achtzehn Leuten, die sich in seinem Innern befunden hatten, kamen nur drei mit heiler Haut davon; zwei Erwachsene und ein Kind in der Wiege erlitten in den Flammen und die Uebrigen erlitten Verletzungen verschiedenen Grades.

Mußland. Nach den widersprechenden Gerüchten, welche über das Befinden des Kaisers die Runde gemacht haben, ist folgende Mittheilung der Londoner medicinischen Fachschrift „Lancet“ bemerkenswerth. „Die Krankheit, an welcher Kaiser Alexander leidet, ist die Milzsucht, ein in der kaiserlich russischen Familie erbliches Uebel, welches äußerst schwierig zu bekämpfen ist. Wie es heißt, weist der Kaiser, dessen kräftiges und gesundes Aeußere sich bedeutend geändert hat, oft die ihm gebotene Nahrung zurück und schließt sich von allem Verkehr mit der Außenwelt und von allen gesellschaftlichen Vergnügungen ab, welche er früher zu suchen pflegte.“ — Eine mit Zustimmung des römisch-katholischen Collegiums in Petersburg erlassene Verfügung des Ministers des Innern bestimmt, daß die römisch-katholischen Geistlichen in Litaunen bei allen kirchlichen Handlungen, welche sie für ruffische Beamte oder Militärpersonen verrichten, sich statt der polnischen der russischen Sprache zu bedienen haben. — Die im Herbst begonnenen Arbeiten an der Verstärkung der Festungswerke von litauisch Brest werden ungeachtet der rauhen Jahreszeit ohne Unterbrechung fortgesetzt und wöchentlich zweimal treffen dort Hunderte von Bauernwagen ein, welche der Festung massenhafte Proviantvorräthe zuführen. Es fällt hier auf, daß die Befestigung und Beproviantirung von litauisch Brest mit solcher Eile betrieben wird.

Danzig, den 5. Januar.

[Stadtverordneten-Sitzung am 4. Januar.] Stellvertretender Vorsitzender Hr. Damme; der Magistrat ist durch die Herren Oberbürgermeister v. Winter, Stadträthe Hirsch und Strauß vertreten. — Auf Wunsch des Magistrats wird im Protokoll der vorigen Sitzung der Passus, betr. den Zuschuß zum Provinzial-Blindeninstitut zu Königsberg, dahin geändert, daß der Zuschuß von 50 Thlrn. nicht auf die Jahre 1870 bis incl. 1874, sondern für 1869 bis incl. 1873 bewilligt ist. — Von Herrn Commerzienrath Bischoff ist ein Schreiben eingegangen, worin derselbe sein Ausbleiben durch Krankheit entschuldigt, sein Amt als Vorsitzender niederlegt und für die Unterstützung in seinem Amte während des verfloffenen Jahres der Versammlung und seinem Stellvertreter Herrn Damme dankt. Hr. Damme verliest hierauf folgenden Jahresbericht:

H. H.! Durch Unwohlsein unseres Vorsitzenden, Hrn. Bischoff, ist die Erstattung des üblichen Jahresberichts mir anheimgefallen. Wenn ich dabei den Ansprüchen nicht genüge, welche Sie bisher alljährlich befriedigt fanden, so bitte ich, einen Theil der Schuld darauf zu schieben, daß mir nur wenige Stunden vergönnt waren, um mich auf die Berichtserstattung vorzubereiten.

„Das Jahr 1869 steht mit seinen 36 Versammlungen allen oder fast allen seinen Vorgängern in der Wichtigkeit der zur Verhandlung gekommenen Angelegenheiten weit voran.

„Die Versammlung hatte an einer großen Zahl von Vorberathungen über die Canalisation der Stadt in corpore Theil genommen, und nachdem die Canalisation sowie die Aufnahme einer Anleihe von 1,300,000 Thlrn. für die Herstellung der Wasserleitung und des Sielsystems beschlossen worden war, hat die Aufstellung der erforderlichen statistischen Anordnungen: des Ortsstatuts für die Benutzung beider Anlagen und des Regulativs für die Abgabe des Wassers an Private, ebenfalls zu langen Verhandlungen geführt. So weit bis jetzt die Resultate unserer Beschlüsse vorliegen, können wir mit Befriedigung auf dieselben sehen und Hoffnung für ferneres Gelingen unserer großen Unternehmungen hegen, mit denen sich zuversichtlich bald auch diejenigen ausböhnen werden, welche es als eine Gewissenspflicht ansehen, den Anträgen des Magistrats nicht zuzustimmen. Die Wasserleitung zeigt sich als ein wohlgeplantes Werk, und die Benutzung derselben an einzelnen Stellen der Stadt hat die vortreffliche Beschaffenheit des Wassers zu allgemeiner Anerkennung gebracht. Der glückliche Umstand, daß das Regulativ für die Abgabe des Wassers nicht der Befestigung der vorgelegten Beschlüsse bedarf, hat es ermöglicht, mit den Anschlüssen der Privaten an die Wasserleitung schon jetzt vorzugehen, während die Regelung der Rechtsverhältnisse aus dem Ortsstatut durch die Verhandlungen mit der R. Regierung hingedogen wird. Hoffen wir, daß die in dem Gesetz begründete beklagenswerthe Bevormundung der Gemeinden nicht bei dem Ortsstatut zu einer Schädigung unserer Communal-Interessen führt. Bei der contrahirten Anleihe hat die erforderlich gewesene Mitwirkung der Staatsbehörden leider dazu gedient, den Abschluß des Geschäftes mehrere Monate zu verzögern und durch Versäumnung eines günstigen Coursstandes der Stadt einen Coursverlust von ca. 30,000 R., zuzufügen. Im Uebrigen ist freudig anzuerkennen, daß seitens der Staatsbehörden ein Verständniß für die von unserer Commune angestrebten Ziele und ein wohlwollendes Entgegenkommen bethätigt worden. Namentlich haben die Militärbehörden den in Aussicht gestellten Beitrag von 5000 R. für die Dauer der Amortisationsperiode bewilligt.

„Es werden sich an die Be- und Entwässerungs-Anlagen noch viele Detail-Beratungen anzuschließen haben. Namentlich wird die Befestigung der bisherigen Wasser-Privilegien, factischer oder rechtlicher, eingehende Arbeiten erfordern und es steht zu hoffen, daß auch hier, wie in der Vorbauten-Frage, durch billigen Vergleich, wie er namentlich schon im Ortsstatut vorgeesehen ist, prozeßualischen Weiterungen vorbeugt wird. In einem bereits entschiedenen Fall haben Magistrat und Stadtverordnete bewiesen, daß sie auf lokale Offerten gerne eingehen.

„Die Anlage der Canalisation hat einem lange gehegten Plane, Langgarten mit der Niederstadt durch eine Querstraße zu verbinden, zur Verwirklichung verholpen und das Bedürfniß der Erleichterung des Verkehrs in unseren Straßen hat uns veranlaßt, für die Befestigung von Verkehrsverbindungen die Summe von rund 2900 Thl. zu bewilligen.

„Ein großes Hinderniß für die Entwicklung unserer Stadt ist die Befestigung derselben. Diese zu beseitigen, gehört vorläufig in das Reich der frommen Wünsche, und wenn die Kriegswissenschaft eine Aenderung hierin gestatten wird, so werden voransichtlich erdrückende Opfer dafür von der Stadt erfordert werden. Mindestens aber ist es eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die Opfer, welche die Bevölkerung weniger, in ihrer Entwicklung künstlich darniedergehaltener Städte zu tragen hat, auf die Schultern des ganzen Landes abgelandet werden. Wir haben uns deshalb gern den Conse-

